



3. November 2015

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im letzten halben Jahr stand bei den Aktivitäten der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) e.V. nach wie vor die Petition für die Einsetzung einer bzw. eines Bundeskinderbeauftragten im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist die medizinische Versorgung der Flüchtlingskinder.

Beide Themenkomplexe hängen eng zusammen, ein/e Bundeskinderbeauftragte/r würde wohl deutlich mehr Augenmerk auf die Situation der Flüchtlingskinder legen, als dies gegenwärtig passiert. Denn gerade auch die begleiteten Flüchtlingskinder, die mit ihren Eltern nach Deutschland kommen, sind nicht ausreichend im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Dabei sind auch diese – oft sehr jungen – Kinder häufig stark traumatisiert, wie auch aktuelle Untersuchungen der Uniklinik München gezeigt haben, werden in Massenunterkünften (teils mit anderen unbekanntem Erwachsenen) in Massenschlafsälen untergebracht und sind in vielen Fällen (z.B. traumatisierte, behinderte oder chronisch kranke Kinder) medizinisch nicht ausreichend versorgt.¹ Wir meinen: Ein Bundeskinderbeauftragter bzw. eine –beauftragte würde hier lauter protestieren, als dies gegenwärtig bei den verantwortlichen Fachpolitikerinnen der Fall ist!

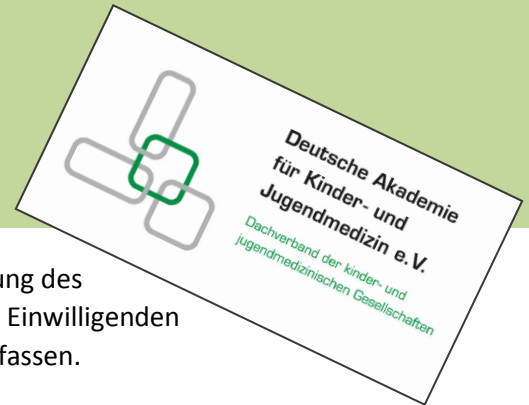
Einsatz der DAKJ für eine bessere Versorgung der Flüchtlingskinder

Fachkonferenz „Best Practice for Young Refugees“

Vom 06. bis 07.06.2015 fand eine Fachkonferenz statt, die die DAKJ mit finanziert hat: „Best Practice for Young Refugees - Internationale Fachkonferenz zur Einschätzung des Alters, Entwicklungsstandes und Hilfebedarfs von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“. [Hier](#) finden Sie einen Bericht zur Veranstaltung.

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin und die deutsche Sektion der IPPNW (Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) haben als Ergebnis dieser Konferenz eine [Berliner Erklärung](#) veröffentlicht. Gemeinsam mit weiteren UnterstützerInnen fordern wir darin die Einhaltung der körperlichen und psychischen Unversehrtheit und die Wahrung der Menschenwürde der jungen Flüchtlinge bei allen Maßnahmen zur Alterseinschätzung. Betont wird in der Erklärung, dass die biologische Reife im Vergleich zum chronologischen Alter eine hohe Schwankungsbreite aufweise, sodass Altersschätzungen auf ihrer Basis sehr ungenau seien und häufig falsch interpretiert würden. Die Anwendung ionisierender Strahlen außerhalb einer medizinischen Indikation wird abgelehnt.

¹ Jeder fünfte junge Flüchtling leidet demnach unter einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Weitere haben ein erhöhtes Risiko, diese noch zu entwickeln. 82 Kinder hatten demnach eine körperliche Krankheit, bei zehn Prozent besteht akuter Behandlungsbedarf. 63 der 100 Kinder hatten Karies, ein Viertel eine Atemwegserkrankung. Elf hatten eine Infektionskrankheit oder Parasiten. Bei 42 war der Impfstatus defizitär. <https://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/kurz/article/32590/>



Weiter wird als ethisch nicht akzeptabel gewertet, dass die Einwilligung des Flüchtlings in die Untersuchung häufig unter Druck erteilt werde, die Einwilligenden könnten Tragweite und Bedeutung in der Regel nicht ausreichend erfassen.

Statt der Altersdiagnostik ohne Nutzen für die Betroffenen wird in der „Berliner Erklärung“ die bundesweite Einführung einer Vorsorgeuntersuchung für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durch Kinder- und Jugendärzte gefordert. Diese solle sowohl den Entwicklungsstand als auch den medizinischen und psychologischen Hilfebedarf erfassen und eine ganzheitliche Einschätzung der Reife vornehmen.

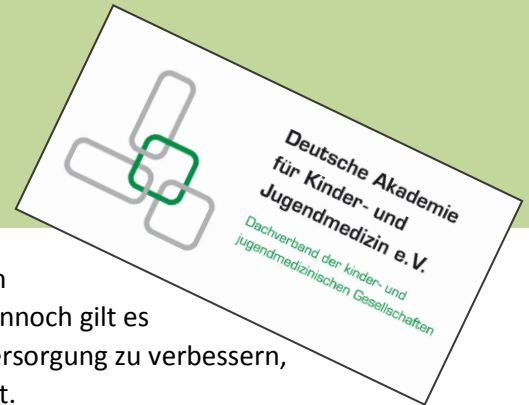
Weiter heißt es dort: „Mit der UN-Konvention für die Rechte des Kindes erkennen alle Unterzeichnerstaaten einen besonderen Schutzbedarf von Minderjährigen an. Bei allen sie betreffenden Maßnahmen ist das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen (Art. 3). Zu den Grundrechten zählen die medizinische Versorgung, die Bildung sowie in besonderem Maße Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit.“ Die Fürsorgepflicht für Minderjährige gelte unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Betroffenen. Minderjährige, die ohne ihre Eltern vor Kriegshandlungen, körperlicher und sexueller Gewalt oder extremer Armut fliehen mussten, hätten einen besonders großen Schutzbedarf aufgrund erlebter Traumatisierung und lebensgefährlicher Flucht. Oft könnten sie ihr Alter nicht durch Dokumente beweisen. Dann müssten sie sich einer Alterseinschätzung unterziehen, die in den EU-Staaten, aber auch in den deutschen Bundesländern unterschiedlich gestaltet wird. Die Verfahren reichten von Interviews und psychosozialen Clearing bis hin zu aufwändigen medizinischen Altersgutachten. Dazu würden eine körperliche Untersuchung einschließlich der äußeren Geschlechtsorgane, Röntgenuntersuchungen der Hand und des Gebisses sowie eine Computertomographie der Schlüsselbeine eingesetzt. Durch diese medizinischen Untersuchungen könne lediglich die biologische Reife eingeschätzt werden, nicht jedoch das chronologische Alter. Daher folgern die Unterzeichner: „Die Angaben sind mit einer hohen Ungenauigkeit behaftet, die selten offengelegt wird. Somit werden viele Jugendliche für volljährig erklärt, was für ihr weiteres Leben und ihre Zukunft erhebliche Nachteile mit sich bringt.“

Alle Interessierten, die dies verhindern möchten, können die Berliner Erklärung durch ihre Unterschrift unterstützen.

Sie finden die vollständige Berliner Erklärung unter <http://www.kurzlink.de/young-refugees>

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz

Zum [Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz](#) hat die DAKJ innerhalb des Vorstandes und in Zusammenarbeit mit der DAKJ-Kommission für globale Kindergesundheit eine Stellungnahme ([siehe hier](#)) abgestimmt, die den zuständigen Fachabteilungen in den Bundesministerien für Inneres, für Gesundheit sowie für Arbeit und Soziales zugegangen ist, noch bevor die erste Lesung des Gesetzes im Bundestag stattgefunden hatte. Wir hatten das Gesetz bereits in der Entwurfsfassung erhalten. Dennoch blieben nur wenige Tage, um sich hierzu innerhalb des DAKJ-Vorstandes geschlossen zu positionieren. Dieses „Durchpeitschen“ des Gesetzes durch Bundestag und Bundesrat hat in allen Verbänden zu viel Kritik am Vorgehen der Bundesregierung geführt – bei allem Verständnis für die Dringlichkeit. Denn eine intensive Auseinandersetzung ist so natürlich stark erschwert.



Offenbar haben die Argumente der kinder- und jugendmedizinischen Verbände und Gesellschaften Gehör bei den Politikern gefunden. Dennoch gilt es noch viele Aufgaben zu lösen, um die medizinische (und sonstige) Versorgung zu verbessern, was durch dieses Gesetzpaket noch nicht zufriedenstellend erfolgt ist. Im Vorfeld der ersten Lesung haben wir die Stellungnahme dann noch an alle Abgeordneten im Bundestag versendet.

Außerdem lag diese anlässlich einer öffentlichen Anhörung zu eben diesem Thema am Montag, 12.10.2015, aus und liegt nun im Bundestag-Internet vor.

Alle Stellungnahmen zur öffentlichen Anhörung im Bundestag finden Sie hier:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a04/anhoerungen/56_sitzung_inhalt/390856

Petition Bundeskinderbeauftragte/r

Hier vorab einige Details zu unserer Petition:

Am 23. Februar 2015 hatte die DAKJ diese Petition als öffentliche E-Petition im Internetportal des Deutschen Bundestages gestartet.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit bislang nun schon über 120.000 Stimmen hatten wir das Quorum für öffentliche Anhörungen im Bundestag (50.000 Stimmen) deutlich überschritten und sind im Moment die dritterfolgreichste aller 3450 abgeschlossenen Petitionen des Deutschen Bundestages.

So erreichten wir auch, dass es eine öffentliche Anhörung im Bundestag gab, bei der Prof. Manfred Gahr, Generalsekretär der DAKJ, den Abgeordneten das Anliegen der Petition vortragen konnte.

[Video zur öffentlichen Anhörung im Bundestag](#)

[Wortlaut und Begründung der Petition](#)

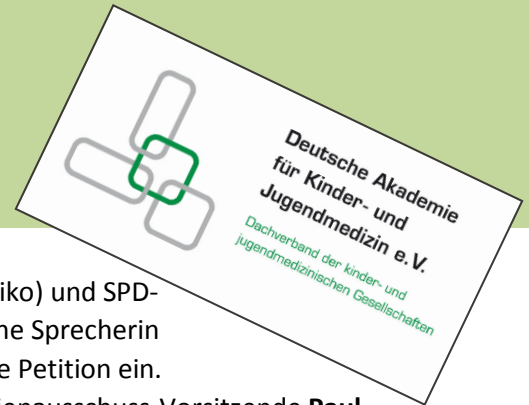
Dass sich die Petition zu einer richtigen Kampagne ausgewachsen hatte, war auch dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte zu verdanken, der unter anderem die Aktionsseite www.kinderbeauftragter-in-den-bundestag.de initiierte.

Hinzu kam ein Facebook-Auftritt, der von der DAKJ-Geschäftsstelle betreut wird, und auf dem Sie auch alle neusten Informationen rund um unsere Treffen mit den Politikern finden:

<https://www.facebook.com/kinderbeauftragter>.

Durch diesen Facebook-Auftritt sowie zahlreiche Pressemitteilungen und Kontakte zur Presse zum Thema gelang es uns, die Öffentlichkeit jenseits der Arztpraxen zu erreichen.

Seit Anfang des Jahres schon versuchen wir die Politiker vom Anliegen unserer Petition zu überzeugen und treffen uns regelmäßig mit den Abgeordneten sowie deren Mitarbeitern bzw. schreiben diese auch an.



Aus der Politik setzten sich die Vorsitzende der Kinderkommission (Kiko) und SPD-Bundestagsabgeordnete **Susann Rüttrich**, sowie die familienpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag **Dr. Franziska Brantner**, als erste für unsere Petition ein.



Hier versuchen hochrangige VertreterInnen der Pädiatrie, den familienpolitischen Sprecher der CDU MdB Weinberg (ganz rechts) von unserer Petition zu überzeugen

Es folgten der Familienausschuss-Vorsitzende **Paul Lehrieder** (CDU/CSU), der CDU-Kiko-Vertreter MdB **Eckhard Pöls** sowie die SPD-Abgeordneten **Stefan Schwartze** (Petitionsausschuss) und **Martina Stamm-Fibich** (zuständig für Kindergesundheit), die unsere Forderung auch unterstützten.

Aber: Die familienpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Sönke Rix** sowie der CDU/CSU-Fraktion **Marcus Weinberg** (Foto links) haben bislang noch keine klare Position zur Einsetzung eines Bundeskinderbeauftragten entwickelt, äußerten sich in unseren Gesprächen sogar skeptisch und zogen andere Lösungsmodelle für die Stärkung der Kinderrechte in Erwägung.

Auf konkrete Vorschläge bzw. eine klare Haltung zu unserer Petition warten wir bis heute vergeblich und haben uns deshalb entschieden, nun nochmals Druck zu machen.

Wir haben daher alle Kinder- und Jugendärztinnen und –ärzte darum gebeten, ihre lokalen Bundestagsabgeordneten von der Sinnhaftigkeit unseres Anliegens zu überzeugen, was viele von Ihnen getan haben: Danke Ihnen herzlich dafür!

Einige Antworten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegen uns bereits vor. Die Argumentation geht dahin, dass es bereits genug gute Strukturen für Kinder gebe und dass der Familienausschuss und die Kiko die Kinderinteressen bereits genug im Blick hätten. Mit der Analyse, dass es zu viele sogenannter „abgehängter“ bzw. mehrfach benachteiligter Kinder gebe, stimme man aber überein, und versuche gerade, ein gutes Konzept zur Verbesserung dieser Situation zu erstellen. Dabei wurde uns versprochen, diese Vorstellungen in enger Abstimmung mit der Pädiatrie zu entwickeln. Wir sind skeptisch, aber wollen natürlich offen bleiben für diese Vorschläge, von denen wir allerdings bis jetzt noch nichts Konkretes gehört haben.

Bitte setzen Sie sich also weiterhin gemeinsam mit uns für die Kinder und Jugendlichen ein, damit diese einen eigenen präsenten Vertreter bzw. eine Vertreterin im Bundestag bekommen!

Auch der Einsatz für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz muss weiter gehen – hier werden wir ebenfalls nicht locker lassen.



Kinderschutz

Ein Thema, bei dem ein Bundeskinderbeauftragter (neben vielen anderen offenen Baustellen!) Druck machen könnte, ist der dringend zu verbessernde Schutz von Kindern vor schädlichem Zigarettenqualm. Zuhause und in den Autos ihrer Eltern sind viele Kinder diesem dauerhaft ausgesetzt. In England wurde nun reagiert und das [Rauchen in Autos mit Jugendlichen unter 18 Jahren verboten](#). Viele Krebspezialisten und Ärzte würden solch ein Gesetz auch für Deutschland begrüßen.

Wir hatten mit Hilfe von Prof. Straßburg (DAKJ) und von Dr. Brockstedt, dem Suchtbeauftragten des BVKJ, Anfragen aus der CDU-Fraktion beantwortet und die Position der Pädiatrie dargestellt. Wir hoffen sehr, dass sich die Drogenbeauftragte durchsetzen kann und auch hierzulange bald ein Rauchverbot in Kraftfahrzeugen gilt, wenn Kinder und Jugendliche mitfahren.

RÜCKBLICK

Veranstaltungen der DAKJ

Parlamentarisches Frühstück „Gesunde Schule“



Obwohl das parlamentarische Frühstück am 10.09.2015 bereits um 7.30 begann und in die erste Sitzungswoche (darüber hinaus eine Haushaltswoche) nach der Sommerpause fiel, war es rege besucht. Rund 50 Teilnehmer – darunter 20 Abgeordnete sowie 22 Bundestagsmitarbeiter – hatten sich vor Beginn der Plenardebatten Zeit genommen, um sich darüber zu informieren, was Kinder und Jugendliche in der Schule brauchen, um seelisch gesund zu bleiben und wie man Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen – gerade unter dem Aspekt der Inklusion – angemessen berücksichtigt.

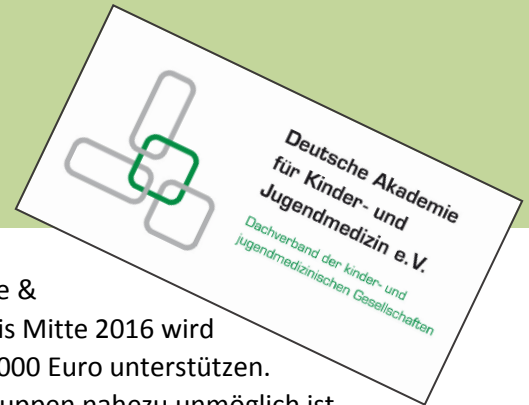
Hier finden Sie die [Berichte und weitere Links](#) zu dieser Veranstaltung.

Zukunft der Kinder- und Jugendmedizin

Wie bereits berichtet, wurde die Zukunftskommission eingesetzt, um mittelfristig Antworten auf die Frage zu erhalten, wie sich die Kinder- und Jugendmedizin den Herausforderungen der Zukunft stellen kann.

Informationen hierzu finden Sie im letzten Newsletter sowie [hier im Internet](#).

Um diese Arbeit mit wissenschaftlicher Unterstützung besser durchführen zu können, haben wir uns an das Bundesministerium für Gesundheit gewendet und einen Antrag gestellt auf finanzielle Unterstützung unserer Kommissionen bzw. des unterstützenden wissenschaftlichen Institutes der



Universitätsmedizin Greifswald (Abteilung Versorgungsepidemiologie & Community Health) – mit einem positiven Ergebnis: Ab sofort und bis Mitte 2016 wird uns das Bundesministerium für Gesundheit mit insgesamt knapp 50.000 Euro unterstützen. Denn es hat sich gezeigt, dass es für die Mitglieder unserer Arbeitsgruppen nahezu unmöglich ist, ehrenamtlich und neben ihren Aufgaben in Praxis und Klinik noch wissenschaftliche Arbeit bzw. Versorgungsforschung zu leisten.

Ein Vertreter bzw. eine Vertreterin der Unimedizin Greifswald wird nun ab sofort an den Sitzungen der Steuerungsgruppe und möglichst auch an allen anderen Arbeitsgruppensitzungen teilnehmen, so dass die Arbeit eng abgestimmt werden kann.

Aus der Kommissionsarbeit

Kommission „Frühe Betreuung und Kindergesundheit“

Die Kommissionsvorsitzende Dr. Ulrike Horacek berichtete von ihrer Teilnahme am Expertendialog anlässlich der AG „Frühe Bildung weiterentwickeln und Finanzierung sicherstellen“ im Bundesfamilienministerium am 23.09.15, es sei vom Ergebnis her positiv abgelaufen: „Die in unseren Positionspapieren formulierten Anliegen, Aspekte der Kindergesundheit stärker als bisher in die Weiterentwicklung der frühen institutionellen Betreuung in den Blick zu nehmen, ließen sich unter stärkerer Gewichtung von epidemiologischen Erkenntnissen, von elterlicher Partizipation und von sozialräumlichen Bezügen einbringen.“

Frau Dr. Horacek ist von nun an im Austausch mit dem BMFSFJ und wird die Positionen der DAKJ-Kommission auf diesem Weg gut einbringen können.

Weitere Themen

Prof. Dr. med. Heininger erhält Meinhard von Pfandler Preis für Pädiatrische Prävention



Die DAKJ beglückwünscht Prof. Dr. med. Ulrich Heininger zu seiner Auszeichnung durch den Meinhard von Pfandler Preis. Mit diesem Preis zeichnet die Stiftung Kindergesundheit das langjährige wissenschaftliche, klinische und kommunikative Engagement Prof. Heiningers und die damit erreichte wirksame Verbesserung der Prävention von Infektionskrankheiten bei Kindern und Jugendlichen aus.

Foto (v.l.n.r.): Prof. Dr. Berthold Koletzko, Prof. Dr. Ulrich Heininger (Mitte), Prof. Dr. Johannes Liese; (Bildnachweis: DGKJ/T.Hauss)



Prof. Dr. Heininger leitet seit 2001 die Kommission für Infektionskrankheiten und Impffragen der DAKJ. „Aus der Arbeit der Kommission sind viele wichtige Stellungnahmen für die Kinder- und Jugendmedizin erarbeitet worden, an denen Prof. Heininger maßgeblich beteiligt war“, betont DAKJ-Generalsekretär Prof. Dr. Manfred Gahr.

Prof. Heininger ist seit 2001 leitender Arzt für Infektiologie und Vakzinologie am Universitäts-Kinderspital beider Basel (Schweiz). Seit über 25 Jahren engagiert sich Prof. Heininger für die Impfprävention von Infektionskrankheiten. Er ist seit 2001 berufenes Kommissionsmitglied der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut (STIKO) und war langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie (DGPI) sowie in Europäischen Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie (ESPID), deren Vorsitzender er von 2009 bis 2012 war.

Benannt ist der Preis nach Prof. Meinhard von Pfandler, der von 1905-1939 Direktor des Dr. von Haunerschen Kinderspitals am Klinikum der Universität München war und sich stark für die pädiatrische Prävention einsetzte.

Termine der DAKJ-Vertreterinnen und -Vertreter

- 20.05.2015 [Anhörung bei der Kinderkommission zum Thema Kinderrechte](#) (mit Wortbeiträgen von Prof. Gahr und Dr. Jäger-Roman)
- 29.05.2015 Zukunftskommission AG 4
- 02.06.2015 Hintergrundgespräch Jackel-Neusser und MdB Özcan Mutlu (Grüne) zur Petition
- 06.-07.06.2015 Konferenz „Young refugees“/Altersdiagnostik (mit Dr. Jäger-Roman, siehe oben)
- 10.06.2015 Veranstaltung „Ombudschaften für Kinder“ der Nationale Coalition (Dr. Jäger-Roman)
- 10.06.2015 Mitgliederversammlung der National Coalition (Vertreter der DAKJ: Dr. Peters)
- 11.06.2015 „Themennetzwerk Flüchtlingskinder“ der National Coalition (Jackel-Neusser)
- 11.06.2015 DAKJ-Kommission „Frühe Betreuung und Kindergesundheit“
- 12.06.2015 Konferenz der FES zu Erziehern/Kita (mit Dr. Horacek als Vertreterin der DAKJ)
- 12.06.2015 DAKJ-Kommission Jugendmedizin
- 15.06.2015 Öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses zur Petition Kinderbeauftragter
- 18.06.2015 Pressegespräch mit der stellv. CDU-Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön; Thema: aktuelle familienpolitische Vorhaben der CDU/CSU (Jackel-Neusser)
- 22.06.2015 Zukunftskommission AG1
- 22.06.2015 Zukunftskommission AG 2
- 24.06.2015 Treffen mit Frau Wiebels, Referentin DGKJP (Jackel-Neusser)
- 25.06.2015 DGKJ-Veranstaltung „seltene Erkrankungen“ (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman)



- 25.-26.06.2015 “Kindeswohl und Kindeswille – Ethik und Recht bei der medizinischen Versorgung im Kindesalter” in Hannover (Prof. Straßburg, DAKJ)
- 29.06.2015 Hintergrundgespräch mit CDU-MdB Pols zur Petition (Jackel-Neusser)
- 01.07.2015 Zukunftskommission AG4, 2. Sitzung
- 02.07.2015 Zukunftskommission AG 3, 2. Sitzung
- 02.07.2015 Treffen Dr. Horacek als Vorsitzende der DAKJ-Kita-Kommission mit Dr. Saati, BMFSFJ, zum Kita-Qualitätszirkel
- 03.07.2015 Treffen mit Nicole Groß, Referentin BMFSFJ (Jackel-Neusser)
- 08.07.2015 Gespräch mit MdB Schwarzer, CDU, zur Petition (Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 29.07.2015 Gespräch mit MdB Lehrieder, CSU, zur Petition (Prof. Gahr, Jackel-Neusser)
- 02.09.2015 Vorstandssitzung der DGKJ in München (Prof. Gahr)
- 04.09.2015 AG 1 Zukunftskommission, 2. Sitzung
- 04.09.2015 Sitzung des Konvents der DGKJ (Prof. Straßburg)
- 08.09.2015 Themennetzwerk Flüchtlingskinder der NC (Jackel-Neusser)
- 09.09.2015 Gespräch mit MdB Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zur Petition + zur Gesundheitsversorgung minderjähriger Flüchtlinge (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman, Jackel-Neusser)
- 10.09.2015 Parlamentarisches Frühstück „Gesunde Schule“ der DAKJ im Reichstag
- 10.09. Gespräch mit MdB Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, zur Petition (Prof. Gahr, Dr. Jäger-Roman)
- 21.09.2015 Auftaktkonferenz SPD-Fraktion „Neue Gerechtigkeit“ (Jackel-Neusser)
- 23.09.2015 Expertendialog des BMFSFJ zum Thema Kita-Qualität im Rahmen des Qualitätsprozesses (Vortrag von Dr. Horacek, Vorsitzende der DAKJ Kita-Kommission)
- 24.09.2015 Parl. Frühstück des NC-Themennetzwerks Flüchtlingskinder (Dr. Jäger-Roman)
- 24.09.2015 Fachgespräch mit MdB Brantner (Grüne) zur Flüchtlingsversorgung (Dr. Jäger-Roman)
- 02.10.2015 Informationsveranstaltung zu OECD-Studien im Bereich frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (Dr. Horacek)
- 09.10.2015 DAKJ-Kommission Jugendmedizin (Dr. Jäger-Roman)
- 09.10.2015 Vorstandssitzung des BVKJ (Dr. Jäger-Roman)
- 13.10.2015 Veranstaltung „Zukunftsversion Gesundheitspolitik“ im Bundestag (Dr. Jäger-Roman)
- 15.10.2015 DAKJ-Kommission für Infektionskrankheiten und Impffragen



AUSBLICK

- 12.11.2015 Steuerungsgruppe der DAKJ-Zukunftskommission
- 13.11.2015 DAKJ-Vorstandssitzung
- 14.11.2015 DAKJ-Mitgliederversammlung
- 02.12.2015 Zukunftskommission AG 2

Inhaltliche Rückmeldungen zum Newsletter an Kathrin Jackel-Neusser: jackel-neusser@dakj.de

Bestellen des Newsletters unter kontakt@dakj.de

Gesetzlicher Vorstand der DAKJ

Generalsekretär: Prof. Dr. med. Manfred Gahr

Stellvertreterin des Generalsekretärs: Dr. med. Elke Jäger-Roman

2. Stellvertreter des Generalsekretärs und Schatzmeister: Prof. Dr. med. Hans-Michael Straßburg

Kontakt zur Geschäftsstelle

Katarzyna Paul und Julijana Petek

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030.4000 588-0

Fax: 030.4000 588-8

E-Mail: kontakt@dakj.de

Referentin politische Kontakte/Öffentlichkeitsarbeit

Kathrin Jackel-Neusser

Tel.: 030.4000 588-3

E-Mail: jackel-neusser@dakj.de